

- 5) Ergänzung des Außenhandelsgesetzes um den Schutz geistiger Eigentumsrechte in Verbindung mit dem Außenhandel. Diese Rechte bilden eine der drei Säulen der WTO und gewinnen an Bedeutung für viele Länder, die nationale Interessen schützen wollen.
- 6) Das Gesetz hat Bestimmungen zur rechtlichen Verantwortung überarbeitet und genauer definiert.

Zusammenfassend zielt das überarbeitete Außenhandelsgesetz aus Sicht des Handelsministeriums vor allem a) auf die Herstellung gleicher Bedingungen für in- und ausländische Händler, b) auf die Schaffung fairer und vorhersehbarer Rahmenbedingungen für den Außenhandel und c) auf die Errichtung eines verlässlichen Beobachtungssystems für die Entwicklung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz, wie dies internationale Praxis sei. -schü-

21 Chinas Nachfrage nach Agrarprodukten beeinflusst die Weltmarktpreise

Chinas wachsende Nachfrage nach Agrarprodukten nimmt – ebenso wie bei Energie und Industrieprodukten – zunehmend Einfluss auf die Entwicklung der Weltmarktpreise. So stiegen beispielsweise im letzten Jahr die Preise für Sojabohnen um 80%. Einerseits war dies eine Folge einer schwachen Ernte in den USA, andererseits hatte die Nachfrage Chinas deutlich zugenommen. Inzwischen nimmt China 13% der Sojabohnenernte der USA ab. Ähnlich sieht es bei Weizen aus, dessen Weltmarktpreis um 20% zulegte. Der Import ausländischer Agrarprodukte ist nach dem Beitritt des Landes zur WTO und der damit verbundenen Liberalisierungsschritte für ausländische Anbieter auch einfacher.

Obwohl die Regierung ihre Anstrengungen verstärkt, den Anbau von Sojabohnen, Mais und Reis für die eigenen Bauern attraktiver zu machen, wird mittelfristig auch von chinesischer Seite mit einem Anstieg der Importe gerechnet. Trotz der neuen Politik soll nach Einschätzung des US-Agrarministeriums die Anbaufläche für Weizen und Mais weiter rück-

läufig sein. Auch nehmen die Lagerbestände von Weizen und Mais in China weiter ab. Dies ist auch bewusste Politik der Regierung, die einen Lagerabbau vor einer Ausweitung der Importe im Augenblick vorzieht. Nach Einschätzung von US-Analysten reichen die Lagerbestände für ein weiteres Jahr und beschränken dadurch den Umfang der Importe. (AWSJ, 30.4.04)

Insgesamt wird für das Jahr 2003/04 mit einer globalen Produktion von Weizen in Höhe von 549,3 Mio. t gegenüber einem Verbrauch von 589,4 Mio. t gerechnet (siehe Tabelle). Chinas Weizenoutput wird sich voraussichtlich auf 83 Mio. t belaufen, das wären 20 Mio. t weniger als benötigt. Zwar wird ein großer Teil noch aus Vorräten bedient werden, doch könnte schon im Jahre 2005/6 Chinas Nachfrage mit 10 Mio. t die weltweit größte Weizenfrage werden. (HB, 29.4.04) -schü-

Die größten Weizenproduzenten und -konsumenten weltweit (Mio. t)

Produzenten	2003/04	2002/03
EU	90,5	103,9
China	86,0	90,3
Indien	65,1	71,8
USA	63,6	43,7
Russland	34,0	50,5
<i>Welt, gesamt</i>	<i>549,3</i>	<i>566,2</i>
Konsumenten		
China	104,5	105,2
EU	94,5	97,1
Indien	69,6	74,3
Russland	35,5	39,3
USA	32,8	30,3
<i>Welt, gesamt</i>	<i>589,4</i>	<i>601,0</i>

Quelle: Foreign Agricultural Service, in: HB, 29.4.04.

Binnenwirtschaft

22 Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 2004: Überhitzungstendenzen nehmen zu

Chinas gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 2004 ist erneut durch ein sehr hohes Wachstum

gekennzeichnet. Die Wachstumsrate lag bei 9,7%, deutlich höher als die Zuwachsrate von 9,1% im 1. Quartal 2003 und 8% im Jahre 2002. Während der Sprecher des Staatlichen Statistikamtes, Zheng Jinping, noch von einem vernünftigen Wachstumstempo spricht, verstärken sich die Überhitzungsanzeichen. Zheng wies bei der Vorstellung der vorläufigen Statistiken für das 1. Quartal 2004 darauf hin, dass das Wachstum im 4. Quartal 2003 bei 9,9% gelegen habe.

Aus der geringfügig gesunkenen Wachstumsrate im 1. Quartal gegenüber der Vorjahresperiode auf einen Trend zur Normalisierung zu schließen, scheint verfrüht zu sein. Tatsächlich liegt das Entwicklungstempo auch höher als von verschiedenen Analysten angenommen; diese waren von rd. 9,2% Wachstum für die ersten drei Monate d.J. ausgegangen.

Wachstumsmotor waren erneut die Investitionen, die im 1. Quartal um 43% stiegen und bei 879,9 Mrd. RMB lagen. Das Investitionswachstum von 26,7% im letzten Jahr war bereits als zu hoch angesehen worden, und die aktuelle Investitionsentwicklung weist nochmals auf die Überhitzung der Wirtschaft hin.

Die industrielle Wertschöpfung nahm um 17,7% in den ersten drei Monaten zu; im März lag die Wachstumsrate sogar bei 19,4%.

Das hohe Wachstum wurde auch von der Ausweitung des privaten Konsums getragen. Der Einzelhandelsumsatz stieg im 1. Quartal um nominal 10,7% und real um 9,2%. Der Umsatz in den städtischen Regionen lag mit einer Zunahme um 12,3% (852,5 Mrd. RMB) deutlich höher als in den ländlichen Regionen (+7,6%; 430,5 Mrd. RMB).

Eine Ursache für den hohen Anstieg des Einzelhandelsumsatzes war der verstärkte Konsum im Zusammenhang mit dem Frühlingsfest, das mit einer Ferienwoche für die meisten Beschäftigten verbunden war. Der größte Anstieg der Umsätze entfiel auf die Verkäufe von Kfz (+56,5%), Telekommunikationsausrüstungen (+60%) sowie Erdöl und Erdölderivate (+37,6%).

Erstmals seit langer Zeit nahmen die Preise wieder relativ kräftig zu, vor

allem wenn der geringe Preisanstieg von lediglich 1,2% im letzten Jahr als Vergleich herangezogen wird. Der Verbraucherpreisindex lag um 2,8% höher gegenüber der Vorjahresperiode; allein im März hatte die Inflationsrate bei 3% gelegen.

Der wichtigste Grund für den Preisanstieg war die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise. Auf diese Produktgruppe entfällt rund die Hälfte des Warenkorbes, der für die Berechnung des Verbraucherpreisindex herangezogen wird. Die Preise für Nahrungsmittel nahmen im 1. Quartal um 7,1% zu; im März lag der Preisanstieg bei 7,9%.

Die Preise für Materialien, die in der Industrieproduktion eingesetzt werden, nahmen im 1. Quartal um 4,8% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zu. Industrielle Rohstoffe, Brennstoffe und Energiepreise wiesen einen Anstieg von 8,3% auf. Nach Einschätzung von Zhu Hongren von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission ist der inflationäre Druck erheblich gestiegen.

Unternehmen, die auf Brennstoffe wie Koks angewiesen sind, müssen höhere Preise auch aufgrund von Knappheit im Transportangebot einkalkulieren. So ist beispielsweise die Hangzhou Iron and Steel Co. gezwungen gewesen, aufgrund fehlender Eisenbahntransportkapazitäten die erforderlichen Koksmengen per Lkw anliefern zu lassen. Dies führte zu einem Kostenanstieg um 20.000 US\$ pro Tag für das Unternehmen. (AWSJ, 15.4.04) Energieknappheit und Mangel an Rohstoffen wie Tonerde sind die Gründe, warum in den kommenden Monaten Aluminiumhersteller Kürzungen ihres Outputs vornehmen müssen. (NfA, 26.4.04)

Die Preise für Stahlprodukte nahmen im 1. Quartal um 39,9% zu. Hintergrund ist die enorme Nachfrage der inländischen Unternehmen des Bausektors, Maschinenbaus, der Automobilindustrie sowie des Eisenbahn- und Containerbaus. Weiterhin hatte der Anstieg der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten Einfluss auf die chinesischen Stahlpreise. (XNA, 12., 17.4.04.; AWSJ, 14., 19.4.04)

Bisher hat das Staatliche Statistikamt mit dem Hinweis auf die moderate Inflationsrate noch nicht von

einer Überhitzung der Gesamtwirtschaft, sondern nur von Problemen in einzelnen Branchen gesprochen. Nach Einschätzung verschiedener Analysten spiegeln jedoch steigende Exportpreise die tatsächliche Inflationsentwicklung wider. So erhöhten beispielsweise zwei der größten staatseigenen Chemieunternehmen ihre Exportpreise für Insektizide, die im Reis- und Baumwollanbau eingesetzt werden, um 50%, durften aber für den Inlandsmarkt keine Preissteigerung durchsetzen. (IHT, 15.4.04; SCMP, 15.4.04)

Neben dem Staatlichen Statistikamt hat auch die Zentralbank ihre Inflationsraten veröffentlicht, die allerdings für das 1. Quartal eine Zunahme der Konsumgüterpreise von 7,4% ausweisen. (FT, 3.5.04) Auf welcher Berechnungsmethode dieser Indikator basiert, ist nicht klar.

Trotz der derzeitigen Unsicherheiten über die weitere konjunkturelle Entwicklung kommt der Internationale Währungsfonds (IWF) in einem Bericht Mitte April d.J. zu dem Schluss, dass China auch in den kommenden Dekaden eines der wachstumsstärksten Länder sein wird. Bis zum Jahr 2020 könnte das durchschnittliche Wachstum 7,6% pro Jahr betragen. Voraussetzung hierfür sind nach Einschätzung des IWF jedoch weitere Strukturreformen, insbesondere des Arbeitsmarktes, des Bankensystems und des sozialen Sicherungssystems. (HB, 15.4.04) -schü-

23 Erneut Maßnahmen zur Abkühlung der Konjunktur

Trotz der Maßnahmen zur Eindämmung der überhitzten Konjunktur, die bereits im Herbst letzten Jahres begannen, lassen sich in den ersten drei Monaten d.J. noch keine Anzeichen einer Trendwende feststellen. Neben geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbank, scheint die Notwendigkeit für direkte staatliche Eingriffe in Investitionsentscheidungen der Unternehmen immer wichtiger zu werden. Ursächlich hierfür ist die Tatsache, dass indirekte Mechanismen nur unzureichend bzw. nicht schnell genug wirken.

Zu den indirekten Maßnahmen zählt der Einsatz von geldpolitischen Instrumenten. Die Zentralbank warnte

Mitte April d.J. davor, dass ein zu hohes Kreditangebot eine Inflation auslösen und die Immobilienpreise aufblähen könnte. Folge dieser Entwicklung wären eine Zunahme der uneinbringlichen Kredite und der Risiken im Finanzsektor.

Am Ende des 1. Quartals lag der Anstieg der Geldmenge M2 nach Angaben der Zentralbank bei 19,2% gegenüber März 2003. Anfang des Jahres hatte die Zentralbank das Wachstum dieser Geldmenge auf 17% beschränkt.

Als Maßnahme zur Eindämmung des Kreditangebots der Banken hat die Zentralbank mit Wirkung ab dem 25.4.04 den Mindestreservesatz von 7% auf 7,5% angehoben. Banken mit einer sehr niedrigen Eigenkapitalquoten müssen einen Mindestreservesatz von 8% einhalten. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Agrarbanken, für die ein Mindestreservesatz von 6% gilt. (IHT, 13.04.04)

Erstmals seit 1995 wird auch offen die Frage diskutiert, ob die Banken die Kreditzinsen erhöhen sollten. Wang Menkui, Direktor des Entwicklungsforschungszentrums beim Staatsrat, wies auf die Möglichkeit hin, die Zinsen, falls es nötig werden sollte, für mittel- und langfristige Kredit anzuheben. (FT, 20.4.04)

Da die Regierung selbst an der Wirksamkeit der indirekten Maßnahmen zweifelt und offensichtlich auch den Widerstand der Lokalregierungen in den Küstenregionen mit besonders hohem Wirtschaftswachstum brechen muss, sind administrative Maßnahmen zusätzlich ergriffen worden. Dies hatten Staatspräsident Hu Jintao in seiner Rede vor dem Boao-Forum auf der Insel Hainan sowie Ministerpräsident Wen Jiabao vor seiner Europareise im April angekündigt. (AWSJ, 24.4.04; IHT, 29.4.04)

Zu den direkten Maßnahmen gehören verschärfte Bestimmungen zur Landnutzung, um auf diese Weise den Bau von Industrieparks und das Industrieriwachstum zu beschränken. (IHT, 29.4.04) Auch sollen die Provinzregierungen begonnen haben, Wirtschaftsentwicklungszonen, die niedrige Steuern und andere Vergünstigungen für die Ansiedlung von Unternehmen anbieten, nicht weiter zu genehmigen. (IHT, 15.4.04)

Ende April veröffentlichte der Staatsrat außerdem die Anweisung an die Lokalregierungen, bestimmte Investitionsprojekte, die angefangen bzw. in Planung sind, nochmals zu überprüfen. Hierzu wurden explizit Investitionsprojekte im Stahlsektor, für die Zementproduktion, Regierungsgebäude, Golfplätze, städtische Nahverkehrsbahnen, Ausstellungszentren und Einkaufszentren gezählt. Neue Stahl-, Aluminium- oder Zementanlagen werden voraussichtlich keine Genehmigung mehr in diesem Jahr erhalten.

Um das Kreditwachstum zu beschränken, forderte die Bankaufsichtsbehörde außerdem Ende April die Geschäftsbanken auf, keine Kredite mehr an Unternehmen in solchen Branchen zu vergeben, die aufgrund von Überkapazitäten keine Genehmigung ihrer Investitionsprojekte erhalten haben und aus diesem Grund keinen Kredit aufnehmen dürften. Dazu gehörten die Branchen Automobil, Aluminium, Zement, Immobilien und Stahl. Dagegen sollten die Banken vorzugsweise Kredite für die Kohle-, Elektrizitäts- und Erdölindustrie, für öffentliche Einrichtungen und für die Infrastruktur vergeben. (XNA, 29.4.04; IHT, 30.4.04)

Vor dem Hintergrund, dass das Kreditvolumen der Banken im März um 20% gegenüber der Vorjahresperiode zunahm und die Banken offensichtlich die früheren Aufforderungen der Bankaufsichtsbehörde ignorierten, kündigte die Behörde nunmehr an, Inspektionsteams in die Regionen zu entsenden. Ausgewählt wurden für diese Inspektion sieben Provinzen, in denen sichergestellt werden soll, dass die Banken dort ihre Ausleihungen an Unternehmen in Branchen mit Überkapazitäten reduzieren. (AWSJ, 15.4.04)

Weiterhin setzt die Partei auf Überzeugungsarbeit. So müssen Parteifunktionäre aus den Provinzen Seminare über nachhaltiges Wachstum und dem Ausgleich von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in der zentralen Parteischule absolvieren. (ST Interactive, 3.4.04)

Neben diesen Maßnahmen gibt es erste Schritte von Branchen, ihren Absatz auf dem Inlandsmarkt zu drosseln, um ein Überangebot auf dem Markt zu verhindern. So kündigten die

drei größten Hersteller von kaltgewalztem Stahl an, im April 20% weniger auf dem Inlandsmarkt zu verkaufen. Gleichzeitig wollen die Unternehmen versuchen, mehr auf den Weltmarkt anzubieten.

Welche Überkapazitäten bestehen, machen einige Beispiele deutlich: Die Kapazitäten bei Klimaanlageanlagen sind auf 35 Mio. Stück gestiegen, allerdings können auf dem Inlandsmarkt nur 20 Mio. Stück pro Jahr abgesetzt werden. Bei Kühlschränken gibt es einen Überschuss zwischen Produktion und Absatz von jährlich 2,5 Mio. Stück, bei Mobilfunkgeräten liegt die Produktion von vier Monaten auf Lager. Auch im Kfz-Sektor werden die Überschüsse und Lagerbestände sichtbar: In Changchun, im Joint Venture FAW-VW, wurden 78.000 Fahrzeuge im 1. Quartal hergestellt, doch nur 69.000 verkauft. (HB, 14.4.04)

Auf die Ankündigung von Maßnahmen, mit denen die konjunkturelle Entwicklung abgebremst werden soll, reagierten vor allem die internationalen Rohstoff- und Wertpapiermärkte, aber auch Transportdienstleistungen mit Preiseinbrüchen. (FAZ, 30.4.04; FT, 27., 30.4.04) -schü-

24 Implementation der Haushaltsplanung 2003

Im März stellte der Finanzminister Jin Renqing während der NVK-Tagung den Bericht zur Implementation des Haushalts 2003 vor. Nach Angaben des Finanzministers wurde die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Haushalt 2003 durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst, insbesondere durch den Ausbruch der Lungenerkrankung SARS. Die Auswirkungen spiegelten sich in einem relativ starken Rückgang der Einnahmen im 2. Quartal 2003 wider. In Reaktion darauf wurde die Einnahmeentwicklung stärker kontrolliert sowie die Steuererhebung und -verwaltung verstärkt. Mit der Erholung der Wirtschaft stiegen auch die Einnahmen wieder an. Gegenüber dem Jahr 2002 nahmen die Einnahmen aus MWST um 17,1%, Verbrauchssteuern um 12,8%, Geschäftssteuern um 16% und Zolleinnahmen auf Importe um 42,9% zu.

Dem Bericht des Finanzministers zufolge verbesserte sich auch die Qualität des Wachstums und die Performance der Unternehmen. Aus diesem Grund stiegen die Einkommensteuern der Unternehmen um 15,9%. Ein hohes Wachstum um 16,9% wiesen auch die Einkommensteuern der privaten Haushalte auf; Steuern auf den Kauf von Kfz nahmen um 34,2% zu.

Die Einnahmen im Gesamthaushalt lagen nach vorläufigen Erhebungen bei 2.169,1 Mrd. RMB, eine Zunahme um 14,7% gegenüber dem Vorjahr. Diesem Ergebnis standen Gesamtausgaben von 2.460,7 Mrd. RMB (+11,6%) gegenüber, sodass ein Defizit von 291,6 Mrd. RMB entstand.

Auf der Ebene der Zentralregierung und der Lokalregierungen erfolgt eine getrennte Erfassung von Ausgaben und Einnahmen. Der Haushalt der Zentralregierung wies Einnahmen in Höhe von 1.246,5 Mrd. RMB (+9,6%) aus. Die Ausgaben im Haushalt der Zentralregierung betrugen 1.566,3 Mrd. RMB (+8,3%), das daraus resultierende Defizit lag bei 319,8 Mrd. RMB.

Die Haushalte der Lokalregierungen wiesen zusammen Einnahmen von 1.808,2 Mrd. RMB aus (einschließlich der Steuerrückerstattungen und Subventionen, die von der Zentralregierung stammen), eine Zunahme um 14% gegenüber 2002. Die Ausgaben lagen bei 1.780 Mrd. RMB (einschließlich 61,5 Mrd. RMB, die an die Zentralregierung überwiesen wurden), ein Anstieg um 11,8%. Der positive Saldo von 28,2 Mrd. RMB wurde in den Haushalt des Jahres 2004 eingestellt.

AUSGABENSCHWERPUNKT 1: UNTERSTÜTZUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT

Im Rahmen der staatlichen Ausgabenpolitik emittierte die Regierung Schatzanleihen in Höhe von 140 Mrd. RMB. Die Einnahmen aus der Emission wurden schwerpunktmäßig für die ländlichen Gebieten, für die wirtschaftliche Restrukturierung, für die zentralen und westlichen Regionen des Landes, für Wissenschaft, Technologie und Bildung, für den Umweltschutz und für öffentliche Gesundheitsdienstleistungen eingesetzt.

Weiterhin wurden die Transferzahlungen an Lokalregierungen erhöht, die

das Ziel einer stärker ausgeglichenen Regionalentwicklung unterstützen sollen. Allgemeine Transferzahlungen aus dem zentralstaatlichen Haushalt beliefen sich auf 191,2 Mrd. RMB, dies waren 17,9% mehr als in der Vorjahresperiode. Spezielle Transferzahlungen, bestimmt für soziale Sicherheit, Landwirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung machten 257,7 Mrd. RMB aus, ein Anstieg um 7,3%.

Als Reaktion auf den Ausbruch von SARS richtete die Regierung einen Anti-SARS-Fonds mit einem Volumen von rd. 2 Mrd. RMB ein, der aus dem Haushalt der Zentralregierung finanziert wurde. Weiterhin wurde beschlossen, für arme ländliche und städtische Patienten eine kostenlose SARS-Behandlung anzubieten. Diese Entscheidung spielte dem Bericht nach eine wichtige Rolle bei der erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit, vor allem auf dem Lande. Finanzbehörden der verschiedenen Verwaltungsebenen stellten insgesamt 13,6 Mrd. RMB für Vorsorge und Behandlung bereit, darunter 2,8 Mrd. RMB aus dem Haushalt der Zentralregierung. In der zweiten Jahreshälfte wies die Zentralregierung nochmals 1 Mrd. RMB zur Verbesserung des öffentlichen Gesundheitssystems an. Darüber hinaus erhielten die Branchen, die von SARS besonders betroffen waren, steuerliche Ausnahmen. Hierzu zählten Tourismus, Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, Luftfahrt, Eisenbahn, Hotelgewerbe und Taxiunternehmen.

AUSGABENSCHWERPUNKT 2: UNTERSTÜTZUNG VON REFORMMASSNAHMEN

Mittel der Zentralregierung in Höhe von 30,5 Mrd. RMB sowie teilweise auch von den Lokalregierungen flossen in die Fortführung der Reform des ländlichen Steuersystems und der Verwaltungsgebühren. Die Experimente wurden im Jahre 2003 auf 20 Provinzen ausgedehnt und führten dazu, dass die finanzielle Belastung der Bauern um 30% zurückging. Weiterhin wurde auf einer Versuchsbasis mit der direkten Subvention von Getreideproduzenten in den Provinzen Anhui, Jilin, Hunan, Hubei, Henan, Liaoning, Hebei und Jiangxi sowie der Inneren Mongolei angefangen. Darüber hinaus wies die Zentralregierung für Regio-

nen, die von Naturkatastrophen betroffen waren, 10,8 Mrd. RMB für die Unterstützung von 160 Mio. Personen an. Zusätzlich wurden aus dem Haushalt der Zentralregierung 44 Mrd. RMB für die Förderung der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Technologie überwiesen und 6,7 Mrd. RMB für Bildung, Gesundheit und Kultur bereitgestellt.

AUSGABENSCHWERPUNKT 3: FÖRDERUNG VON BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALER SICHERHEIT

Umfang und Dauer der steuerlichen Begünstigung zur Förderung der Wiederbeschäftigung wurden erhöht. Aus dem Haushalt der Zentralregierung wurden 4,7 Mrd. RMB für Transferzahlungen im Rahmen von Wiederbeschäftigungsprogrammen und 60,8 Mrd. RMB (+13,1%) für Sozialhilfe (zur Sicherung des Basis-Lebensunterhalts) sowie für Rentenzahlungen zur Verfügung gestellt. Hierdurch, so der Bericht des Finanzministers, hätte die zeitliche Bereitstellung der Mittel „im Wesentlichen“ garantiert werden können. Weiterhin wurden den Lokalregierungen 1,5 Mrd. RMB als Spezialfonds für soziale Härtefälle zur Verfügung gestellt.

AUSGABENSCHWERPUNKT 4: INVESTITIONEN IN SOZIALE BELANGE

Die Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Technologie, Kultur und Sport aus dem zentralen Haushalt wurden um 12,4% erhöht und beliefen sich auf 85,5 Mrd. RMB. Mittel in einem Umfang von rd. 2 Mrd. RMB flossen in die Renovierung baufälliger Grund- und Mittelschulen in ländlichen Gebieten. Auch die Reformen in der medizinischen Grundversorgung für städtische Beschäftigte wurde unterstützt.

Weiterhin wurden verschiedene Reformen des Steuersystems im Bericht des Finanzministeriums erwähnt. Hierzu zählt u.a. die Restrukturierung der Exportsteuerrückerstattung mit einer Reduzierung um durchschnittlich 3%. Weiterhin wurde mit der Unterteilung zwischen Einnahmen- und Ausgabenmanagement weiter fortgefahren.

Zusammenfassend kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Implementation der Haushaltsplanung schwieriger war, als angenommen, dass aber am Ende die Einnahmeentwick-

lung überraschend gut ausgefallen sei. (BBC EF, 19.3.04) -schü-

25 Grundzüge der Haushaltsplanung 2004

Neben der Implementation der Haushaltsplanung 2003 stellte der Finanzminister in seinem Bericht den Entwurf des Haushalts für das laufende Jahr 2004 vor. Zunächst ging er auf die wesentliche Planziele im Haushalt ein. Dazu zählt eine Erhöhung der Einnahmen im zentralen Haushalt um 7% auf 1.381,2 Mrd. RMB und der Ausgaben um 5,6% auf 1.701,7 Mrd. RMB. Das aus höheren Ausgaben resultierende Defizit von 319,8 Mrd. RMB hat dasselbe Niveau wie im Jahre 2003. In Relation zum BIP soll das Defizit nur noch 2,5% gegenüber 2,9% im Jahre 2003 betragen.

Für das Jahr 2004 sind Ausgaben für anleihefinanzierte Projekte in Höhe von 110 Mrd. RMB bzw. 30 Mrd. RMB weniger als im Vorjahr im Zentralhaushalt eingeplant. Von der Gesamtsumme entfallen 95 Mrd. RMB auf den Zentralhaushalt; weitere 15 Mrd. RMB werden als Staatsanleihen von der Zentralregierung für die Lokalregierungen emittiert. Der Gesamtwert der Schatzbriefe, der im Jahr 2004 begeben wird, beläuft sich auf 702,2 Mrd. RMB. Hiervon werden 367,4 Mrd. RMB von der Zentralregierung benötigt, um in- und ausländische Kredite zurückzuzahlen, und 319,8 Mrd. RMB sind für die Deckung des Haushaltsdefizits für 2004 erforderlich. Die verbleibenden 15 Mrd. RMB stellen den Wert der Anleihen dar, die von der Zentralregierung für die Lokalregierungen emittiert werden.

Als Ursache für das weiterhin hohe Defizit im Zentralhaushalt nennt der Bericht die relativ schwache Basis für das Wirtschaftswachstum. Auch müssten die anleihefinanzierten Projekte zu Ende gebracht werden. Mittelfristig sollen aber mehr nichtstaatliche Investitionen die staatlichen ersetzen.

Durch die Emission von Anleihen wird die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Grundschulausbildung, der Lokalverwaltungen auf der unteren Ebene, öffentliche Sicher-

heit und juristische Organe finanziert. Weiterhin soll die Entwicklung der Region Westchina und Nordostchinas und anderer alter Industriestandorte unterstützt werden. Gleichzeitig werden einige Großprojekte wie das Wasserkontrollprojekt am Huaihe-Fluss, die Qinghai-Tibet-Eisenbahnlinie, die Umleitung von Wasser von Süd nach Nord sowie die Transmission von Elektrizität von West- nach Ostchina anleihefinanziert.

Schwerpunkte der Ausgaben sind:

1) Landwirtschaft, ländliche Gebiete und Bauern.

Die Förderung für diese drei o.g. Bereiche sieht gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 20% bzw. 30 Mrd. RMB vor. Außerdem werden die ländlichen Steuern reduziert und in einem Zeitraum von fünf Jahre abgeschafft. Mittel in Höhe von 39,6 Mrd. RMB werden in Form von Transferzahlungen für Ausfälle im Zusammenhang mit der Reform der ländlichen Steuern und Abgaben bereitgestellt. Unterstützt wird das ländliche Bildungssystem und das Getreide-Distributionssystem mit direkten Subventionen für die Getreidebauern.

2) Beschäftigung und soziale Sicherung.

Auch im Haushalt 2004 wird diesen o.g. Bereichen mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Der Fonds zur Finanzierung von Wiederbeschäftigungsprogrammen soll um 3,6 Mrd. RMB auf 76,6 Mrd. RMB erhöht werden. Weitere 77,9 Mrd. RMB werden für die Sicherung von Zahlungen für den Lebensunterhalt von Personen mit sehr niedrigem Einkommen und für die Sicherung von Rentenansprüchen bereitgestellt. Auf der Basis der Erfahrungen mit dem städtischen sozialen Sicherungssystem in der Provinz Liaoning sollen die Experimente auch auf die nordöstlichen Provinzen Jilin und Heilongjiang ausgedehnt werden.

3) Bildung, Wissenschaft, Technologie, Kultur und Sport.

Schwerpunkte sind die neunjährige Pflichtschulausbildung in den ländlichen Gebieten, Verbesserung der Prävention und medizinischen Versorgung im Gesundheitssektor sowie Experimente mit der Einführung eines ländlichen kooperativen Systems der me-

dizinischen Versorgung und Gesundheitsdienstleistungen. Weiterhin soll die Reform des Verwaltungssystems für Wissenschaft und Technologie beschleunigt sowie die Umsetzung von Wissenschaft und Technologie in der Produktion gefördert werden. Insgesamt sollen Mittel in Höhe von 95,5 Mrd. RMB (+190 Mrd. RMB gegenüber 2003) aus dem Haushalt für Bildung, Gesundheit, Wissenschaft und Technologie, Kultur und Sport bereitgestellt werden.

4) Erhöhung der Transferzahlungen an die Lokalregierungen.

Vorgesehen ist eine erneute Erhöhung der Transferzahlungen, insbesondere für die Regionen in Westchina. Zusätzlich zu den 427,7 Mrd. RMB in Form von Steuerrückerstattungen und Struktursubventionen will die Zentralregierung aus dem zentralen Haushalt an die Lokalregierungen 513,3 Mrd. RMB als Transferzahlungen überweisen, eine Zunahme um 64,4 Mrd. RMB. Hiervon entfallen 223,8 Mrd. RMB auf allgemeine Transferzahlungen (+32,6 Mrd. RMB).

5) Unterstützung von Reformen des Wirtschaftssystems.

Hierzu wird im Bericht die Reform der Mechanismen zur Erstattung der Exportsteuern gezählt, für die 210,8 Mrd. RMB im Haushalt 2004 eingestellt und die über die MWST und Verbrauchssteuer finanziert werden. Weiterhin soll ein Wandel von der produktionsbezogenen zur konsumbezogenen MWST verfolgt werden. Experimente in einigen Industrien in Nordostchina sollen hierzu fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll eine Angleichung der Unternehmensbesteuerung zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen erfolgen. Außerdem soll die Reform des Finanzsektors unterstützt und das Finanzrisiko reduziert werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Einführung eines Aktiensystems in der Bank of China und der China Construction Bank sowie auf der Erhöhung der Subventionen für Verluste der ländlichen Kreditgenossenschaften.

6) Unterstützung der Lokalregierungen bei ihren Verwaltungsaufgaben.

Aus dem Zentralhaushalt werden 11,8 Mrd. RMB bereitgestellt, um die Lokalregierungen bei der pünktlichen

Zahlung der Gehaltserhöhungen für ihre Beschäftigten zu unterstützen. Für die Übernahme verbesserter sozialer Leistungen für pensionierte Armeeoffiziere sind 3 Mrd. RMB sowie für öffentliche Sicherheit und Gerichte 1,58 Mrd. RMB vorgesehen. Die Ausgaben für die nationale Verteidigung sollen um 11,6% auf 21,83 Mrd. RMB steigen.

Um die Haushaltsplanung umsetzen zu können, fordert der Finanzminister in seinem Bericht u.a.

- die Stärkung der Steuereinzahlung und -verwaltung, um das geplante Einnahmenwachstum zu erreichen. Hierfür muss die Einheitlichkeit, Autorität sowie Uneingeschränktheit der Steuergesetze garantiert werden; nicht genehmigte Steuervergünstigungen müssen unterbunden werden. Weiterhin muss resolut gegen Schmuggel, Steuerhinterziehung und -betrug vorgegangen werden.
- Stärkung des Ausgabenmanagements und Beschränkung der Ausgaben, insbesondere für Festivitäten der Verwaltungen, Zeremonien etc.
- Verbesserung der Verwaltung des Staatshaushalts und der steuergesetzlichen Rahmenbedingungen

Die Haushaltsplanung für das Jahr 2004 macht deutlich, dass die Regierung einerseits die weitere Ausweitung der Staatsverschuldung begrenzen will und die aktive Fiskalpolitik mit Begebung von Staatsanleihen für die Finanzierung der Infrastruktur einschränkt. Andererseits ist die Regierung jedoch gezwungen, für die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und für die Unterstützung der Systemtransformation und der damit verbundenen Nebenwirkungen wie soziale Instabilität, Zunahme des regionalen Wachstumsgefälles etc., die Ausgaben zu erhöhen. Soziale Belange haben bei der Aufteilung der Staatsausgaben stärker an Bedeutung gewonnen, ebenso wie die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und der öffentlichen Gesundheit. (NZZ, 8.3.04)

Im Rahmen der fiskalpolitischen Steuerung wurde von der Regierung in den letzten Jahren ein erhebliches

Volumen an Staatsanleihen für den Bau von Infrastruktur eingesetzt. Zwischen 1998 und 2003 verschuldete sich die Regierung in Form langfristiger Anleihen mit 800 Mrd. RMB. Yang Qingwei, Direktor der Abteilung für Anlageinvestitionen bei der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass durch dieses *deficit spending* die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate um rd. 2 Prozentpunkte pro Jahr erhöht werden konnte. (BBC EF, 10.3.04)

Mit Blick auf die Haushaltsplanung für 2004 kommentierte die ausländische Presse vor allem die Erhöhung des Militärhaushalts und vermutete, dass diese für den Bau von Hightech-Waffensystemen bestimmt sei. In Reaktion auf diesen Vorwurf kritisierte die *Renmin Ribao*, das offizielle Sprachrohr der KPCh, dass die westlichen Medien die angegebenen Statistiken zum Militärhaushalt anzweifeln und von Ausgaben berichteten, die um das Drei bis Vierfache oder noch höher liegen würden. Im Vergleich zum Militärhaushalt der USA in Höhe von 401,7 Mrd. US\$ (2004; Zunahme um 10%) sei der chinesische wesentlich kleiner. (BBC PF, 17.3.04) -schü-

SVR Hongkong

26 Beijing schließt direkte Volkswahlen in Honkong für 2007/ 2008 aus

Die konstitutionelle Krise um die Verfahren für die Wahlen zum Regierungschef und zur Legislativversammlung in der Sonderverwaltungsregion hat sich im April weiter zugespitzt. Mit einer Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*, BL) durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (StA des NVK) hat die chinesische Zentralregierung eine eindeutige Abkehr von ihrem bisherigen Verzicht auf direkte Einmischung in die politische Selbstbestimmung der SVR vollzogen. In der Verfassungskrise von 1999, die im Zusammenhang mit der politischen Kontroverse um das Aufenthaltsrecht von

festländischen Bürgern in Hongkong entstanden war, hatte der StA des NVK notgedrungen auf eine „hausgemachte“ Regierungskrise in der SVR interveniert (vgl. C.a., 2000/8, S.907-916). Diesmal dagegen hat die Beijinger Führung erstmals eigenständig die Initiative zur Auslegung des *Basic Law* ergriffen und damit ihre Autorität über das konstitutionelle und politische System Hongkongs mit den bislang deutlichsten Mitteln behauptet.

Wie die Beijinger Zentralregierung bereits im März angekündigt hatte, unternahm der StA des NVK Anfang April eine Auslegung der Anhänge I und II zum BL, in denen die Verfahren zur Wahl des Regierungschefs (*Chief Executive*) und zur Legislativversammlung (*Legislative Council*) geregelt werden. Während Artikel 45 und 68 des BL in beiden Fällen als „ultimate goal“ für einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft direkte Volkswahlen anvisieren, eröffnen die beiden Anhänge die theoretische Möglichkeit, dass entsprechende Änderungen der Wahlverfahren „im Bedarfsfall“ („if there is a need to amend“) bereits zur Wahl des Regierungschefs ab 2007 bzw. zur Wahl der Legislativversammlung ab 2008 vorgenommen werden. Als formale Voraussetzungen für die Verabschiedung solcher Änderungen der Wahlverfahren sind eine Zweidrittelmehrheit in der Legislativversammlung, die Zustimmung des Regierungschefs sowie die Einwilligung („approval“) durch bzw. Berichterstattung an den StA des NVK vorgesehen. Allerdings regeln die Anhänge nicht, unter welchen Bedingungen und auf wessen Initiative hin eine solche Änderung der Wahlverfahren vorzunehmen ist.

Diese Regelungslücke im BL füllte der StA des NVK nun durch eine Auslegung („interpretation“). Nach der Verfassungskrise von 1999 hatte sich die Auffassung durchgesetzt, dass diesem faktisch und formal (nach Art. 67 (4) der Verfassung der VR China und Art. 158 des BL) die Kompetenz zur Auslegung des BL zukommt (vgl. C.a., 2000/8, S.916). Ziel der am 6. April verabschiedeten Auslegung sei es laut NVK-Präsident Wu Bangguo gewesen, eine Klärung missverständlicher Inhalte im BL herbeizuführen, eine „gesunde“ Entwicklung des politischen Systems der SVR sicherzustellen so-

wie Wohlstand und Stabilität in Hongkong langfristig zu wahren. Die Auslegung bestand aus den folgenden vier Punkten:

1. Der Wortlaut der Anhänge „ab 2007“ schließt das Jahr 2007 mit ein. Theoretisch schließt die Auslegung damit noch nicht aus, dass der Regierungschef bereits 2007 aus freien Wahlen hervorgeht, ein Umstand, der im demokratischen Lager zunächst Hoffnungen weckte.
2. Der Wortlaut „im Bedarfsfall“ bedeutet, dass eine Änderung der Wahlverfahren erfolgen kann, aber keineswegs erfolgen muss. Hiermit reagierten die Autoren abschlägig auf Meinungen demokratischer Vertreter, wonach freie Wahlen für 2007 durch den Wortlaut des BL bereits für 2007/2008 gewissermaßen präjudiziert seien.
3. Die Initiative für eine eventuelle Änderung der Wahlverfahren hat vom Regierungschef der SVR auszugehen, der laut BL die Spitze des von der Exekutive dominierten politischen Systems der SVR darstellt und zugleich die direkte politische Verantwortlichkeit gegenüber der chinesischen Zentralregierung trägt. Auf einen entsprechenden Bericht des Regierungschefs an den StA des NVK hin obliegt es dem StA zu entscheiden, ob und in welcher Weise der „Bedarfsfall“ für eine Änderung der Wahlverfahren gegeben ist. Der StA des NVK hat dabei „im Licht der aktuellen Lage in der SVR Hongkong und gemäß des Prinzips eines graduellen und geregelten Fortschreitens“ zu entscheiden. Die Autoren verneinen damit die Möglichkeit, dass aus den Reihen der Legislativversammlung ein entsprechender Vorschlag kommt. Vor allem aber behaupten sie damit ein vorbehaltloses Vorrecht der chinesischen Zentralregierung, über die weitere Ausgestaltung des politischen Systems in Hongkong zu entscheiden. Begründet wird dieses Recht damit, dass der „hohe Grad an Autonomie“, der der SVR im BL zugestanden wird, der Autorisierung durch die Zentralregierung entspringt, der solchermaßen also auch die Kontrolle über